

Reichstagsfikung ohne Debatte

Berlin, 3. Dez. Die Tribünen des Reichstags sind heute dicht besetzt; der Saal füllt sich aber erst langsam als Präsident Lobe die erste Sitzung nach der Pause eröffnet. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die

erste Beratung des Etats für 1931.

Vor Eintritt in die Tagesordnung protestiert Abgeordneter Loraxer (Komm.) gegen das Massenausbehalten der Volkswirtschaften in der Umgebung des Reichstags. Er beantragt die Zurückziehung der Polizei. Der Antrag kann nicht zur Beratung kommen, weil von den Sozialdemokraten Widerpruch erhoben wird. Der Präsident erteilt dann dem

Reichsfinanzminister Dietrich,

der von den Kommunisten als „faschistischer Hungerminister“ bezeichnet wird, zur Begründung des Etats das Wort. Er führt u. a. aus: Die Reichsregierung legt diesen Etat für das Jahr 1931/32 unter ungewöhnlichen Umständen vor. Der neue Etat ist besonders deswegen interessant, weil er zahlenmäßig von dem gegenwärtig laufenden Etat, der bekanntlich zweimal ergänzt wurde, sich erheblich unterscheidet. Die Ausgaben im ordentlichen Etat sind um 1153 Millionen Reichsmark und im außerordentlichen Etat um 272 Millionen Reichsmark verringert. Insumen reicht dies nahe an 1,5 Milliarden Reichsmark heran. Das war aber nur zu erreichen im Zusammenhang mit einer Reihe von Maßnahmen, die in der soeben erschienenen Rotverordnung enthalten sind, vornehmlich durch die Kürzung der Gehälter. Dazu kommt, daß die Ueberweisungen an Länder und Gemeinden schon infolge der Steuererhöhungen stark gekürzt wurden, und daß den Ländern eine Summe von 100 Millionen Reichsmark auf Konto ihrer Gehaltsersparnisse einbehalten wird. Die dritte und wichtigste Maßnahme war die Selbständigmachung der Arbeitslosenfürsorge. Bei der Aufstellung des Etats für 1930 war von einer durchschnittlichen Zahl von 1,2 Millionen unterstützten Arbeitslosen ausgegangen worden. Die im Jahre 1930 für Zwecke der Arbeitslosen zur Verfügung gestellten Mittel reichten trotz allem nicht aus, so daß das Jahr 1930 hier mit einem Defizit von ungefähr 300 Millionen Reichsmark abschließen wird. In den Schwierigkeiten bei der Arbeitslosenfürsorge trat ein ständig wachsender Steuererhöhungsweg ein, der für das ganze Jahr auf 600 Millionen Reichsmark geschätzt worden ist.

In prognosen, wie das nächste Jahr schließlich ausfallen wird, liegt außerhalb unserer Kräfte,

aber die Aufgaben bei der Aufstellung des neuen Haushaltes bestanden darin, nach Möglichkeit die Gefahrenmomente zu beseitigen. Das Einkommen an Steuern, Zöllen und sonstigen Abgaben ist um 1143 Millionen Reichsmark gegenüber dem Soll von 1930 heruntergesetzt. Infolgedessen war es notwendig, neue Einnahmen in Höhe von 167 Millionen Reichsmark zu schaffen. Da jede Belastung der Produktion vermieden werden muß, konnte der Ausgleich nur bei Steuern auf den entbehrlichen Genuß gesucht werden. Da beim Branntwein die letzte Abgabenerhöhung lediglich einen Ausfall gebracht hat, und eine starke Mehrbelastung des Bieres durch die Ermächtigung an die Gemeinden erfolgt ist.

blieb hierfür nur noch der Tabak.

Die Lösung, wie sie hier schließlich gefunden wurde, bedeutet ein Kompromiß, bei dem die Zigarre härter als bisher herangezogen, gleichzeitig aber auch die Zigarette erneut belastet wird. — Bei den Absichten ist kein Etat geschont worden. Ueber

die Frage der Erparnismaßnahmen

herrscht in der öffentlichen Meinung eine ungeheure Verwirrung. Nach Abzug der Ueberweisungen an die Länder, der

inneren und äußeren Lasten und der Mittel für Verzinsung und Tilgung der Reichsschulden verbleiben für den eigentlichen Reichshaushalt 2,5 Milliarden Mark, an dem die Einzelabstriche von weit über eine Milliarde Mark gemacht worden sind. Eine besonders unpopuläre Maßregel ist die Gehaltskürzung.

Es ist aber zu hoffen, daß gerade die Beamtenchaft Verständnis dafür aufbringt, daß es heute mehr auf die Erfüllung der Verpflichtungen des Reiches ankommt, als darauf, daß einige Prozente des Gehaltes drangegeben werden müssen. Länder und Gemeinden sind zu gleichen Kürzungen verpflichtet worden. Weggelassen ist dagegen die ursprünglich geplante Besoldungssperre für die Gemeindebeamten. Eine solche Vorschrift wäre verfassungsändernder Natur, weil sie in wohlverordnete Rechte eingreift.

Angesichts der gegen mich erhobenen Angriffe muß ich aber schweigen, daß mir nichts fernere liegt, als die Gemeinden unter Kuratel zu stellen.

Mein Vorschlag war nur auf die Beseitigung von Mißständen abgestellt, was im öffentlichen Interesse liegt und auch im Interesse der Beamtenchaft begreift wird. Soweit diese Angelegenheit erneut aufzugreifen und eventuell der Reichstag damit zu beauftragt sein wird, wird von der Entwicklung der nächsten Monate abhängen.

Das Pensionskürzungsgesetz liegt dem Reichstage bereits vor. Die Bestimmungen über die Senkung der Realsteuern enthalten als wesentliche Anordnung, daß die Realsteuern im Jahre 1931 nicht erhöht werden dürfen.

Von rund 1,5 Million Landwirten, die bisher auf ihre Einkommensteuerpflicht geprüft wurden, und von 869 000 Landwirten, die bisher steuerpflichtig waren, bleiben nach dem neuen Gesetz noch 45 000 übrig, die einkommensteuerpflichtig sein werden.

Aus der Vermögenssteuer fällt die Hälfte aller Renten heraus, desgleichen aus der Umsatzsteuer.

Zur Rassenlage

teilt der Minister mit, daß einschließlich der Betriebskredite bei der Reichsbank die Kasse am 1. Dezember einen verfügbaren Stand von 400 Millionen hatte. Trotz der besonderen Ausgaben im Dezember sind Rassen Schwierigkeiten nicht zu befürchten. Gegen Ende des Finanzjahres wird aus der Rissen- und der Arbeitslosenfürsorge noch einmal eine stärkere Anspannung der Reichskasse erfolgen. Auch hier werden wir die Schwierigkeiten hoffentlich überwinden.

Zusammenfassend stellt der Minister fest, daß sowohl die direkten als auch die indirekten Steuern in Deutschland auf das höchste Maß angepannt seien. Dabei sei der Haushalt so sparsam aufgestellt, daß es der größten Energie bedürfen werde, ihn durchzuführen. Der Etat sei ausgedehnt, und die Gefahrenmomente des laufenden Jahres seien beseitigt. Die Bedeutung dieser Tatsache für den Reichscredit und die Aktionsfähigkeit des Reiches dürfe nicht unterschätzt werden.

Die Ministerrede wurde im ganzen ruhig angehört, nur wenn der Minister sich direkt gegen die Oppositionsparteien wandte, hörte man einige Zwischenrufe von den Kommunisten und Nationalsozialisten. Auf Vorschlag des Präsidenten wurde

die Aussprache auf morgen vertagt.

Damit war gegen 4,30 Uhr die Tagesordnung erledigt. Die nächste Sitzung findet Donnerstag 12 Uhr statt. Auf ihrer Tagesordnung steht die Weiterberatung des Etats 1931 in Verbindung mit dem Ausschussbericht über die Juli-Notverordnung und mit den dazu vorliegenden Anträgen, sowie den Anträgen auf Aufhebung der neuen Notverordnung und der Mißtrauensanträge.

Brünings parlamentarische Aussichten

Eine kleine Zahl von Stimmen entscheidet

Berlin, 3. Dez. (Sig. Drahtm.) Nach der heutigen Plenarsitzung trat eine große Anzahl von Fraktionen zu Sitzungen zusammen, so die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Deutsche Volkspartei, das Landvolk und die Deutschnationalen. In der Fraktionsführung des Zentrums leigte der Reichskanzler Dr. Brüning selbst den Stand der politischen Lage dar. Besonders eingehend erörterte der Reichskanzler die Frage, warum das Reformprogramm der Regierung durch Artikel 48 in Kraft gesetzt werden mußte. Er schilderte ausführlich die Besprechungen mit den Parteiführern, die jedoch zu keiner Einigung geführt hätten, so daß eine parlamentarische Erledigung ausgeschlossen schien.

Der Reichskanzler betonte insbesondere, daß der Reichstag sich noch in dieser Woche über Annahme oder Ablehnung der Notverordnung entscheiden müsse, und daß andererseits die Notverordnung einschließlich der Änderungen der Juliverordnung ein geschlossenes Ganzes bilde, so daß Änderungen an ihr nicht vorgenommen werden könnten.

Bei der Deutschen Volkspartei wurde die schon am Vormittag begonnene kritische Behandlung der neuen Notverordnung fortgesetzt. Angesichts der politischen Lage wird sich die Volkspartei aber dahin entscheiden, trotz aller Bedenken gegen die Aufhebungsanträge zu stimmen.

Im übrigen werden in den parlamentarischen Kreisen die Aussichten der Regierung bereits eifrig erörtert. Man weiß, daß das Schicksal der Notverordnungen und des Kabinetts Brünings unter allen Umständen an ganz wenigen Stimmen hängt. Da die Opposition: Deutschnationale, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei, Bauernpartei und vom linken Flügel die Kommunisten 270 Stimmen zählt und die Mitte mit Unterstützung der Sozialdemokraten zusammen 307 Stimmen aufbringt, so ergibt sich eine rein rechnerische Mehrheit von 37 Stimmen für Dr. Brüning. Wenn diese Stimmen zusammenkommen sollen, so hat das zur Voraussetzung, daß keine der kleinen Gruppen etwa ausbricht und daß sämtliche Reichstagsmitglieder vom rechten Flügel der Volkspartei bis zum linken Flügel der Sozialdemokratie sich für Brüning entscheiden. In den Kreisen der Regierung vertraut man darauf, daß durch Abwesenheit jedenfalls nicht so viele Stimmen in Wegfall kommen, daß für die Regierung schließlich nur eine Minderheit übrig bliebe.

Die Rednerliste der Parteien

Berlin, 3. Dez. Die Zentrumsfraktion bestimmte zu ihren Rednern bei der Aussprache den Abg. Erling, der zum Reichshaushalt sprechen wird, ferner den Abg. Dr. Bärger, der zu den wirtschaftspolitischen Fragen Stellung nehmen soll. Wenn sich aus dem Laufe der Aussprache die Notwendigkeit ergeben sollte, wird als dritter Redner des Zentrums Kaas zu allgemeinen politischen Fragen sprechen. Für die Deutschnationalen werden Dr. Bang, Freiherr v. Freytagh-Loringhoven und Herge, für die Nationalsozialisten Dr. Feder, für die Deutsche Volkspartei Dr. Cremer das Wort ergreifen. Dremsch wird den Standpunkt der Wirtschaftspartei und Rauch den der Bauern Volkspartei darlegen. Für die Sozialdemokraten ist Reil als Stadredner ausgerufen, während für den Christ-

lichsozialen Volksdienst Rippel und Dr. Mumm sprechen werden. Die Fraktion Deutsches Landvolk wird Dr. Gerke vertreten. Die Kommunisten werden den Abg. Stöcker vorziehen.

Dr. Bredt hält an seinem Rücktritt fest

Berlin, 3. Dez. In der heutigen Sitzung der Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei berichtete Professor Dr. Bredt, der sich bereits von den Beamten seines früheren Ministeriums verabschiedet und an den entscheidenden Sitzungen des Kabinetts zu den Fragen der Notverordnungen nicht mehr teilgenommen hat, über die Gründe seines Rücktrittes als Reichsjustizminister.

Im vollen Einvernehmen mit der Reichstagsfraktion hält Professor Dr. Bredt an dem von ihm gefassten Beschlusse fest.

Die Reichstagsfraktion stellte mit Besremden fest, daß das Rücktrittsgesuch des Reichsjustizministers Dr. Bredt vom Reichskanzler immer noch nicht an den Reichspräsidenten weitergeleitet ist. Professor Dr. Bredt, der seit Monaten dem Kabinetts lediglich als Fachminister angehört, also in seinen Maßnahmen und Entschlüssen von der Partei unbeeinflusst war, erklärte, daß er die gesetzgeberischen Maßnahmen, welche jetzt als Notverordnung dem Reichstag ausgearbeitet worden sind, nicht mehr mit Verantwortung zu können glaubt.

Hierzu wird amtlich folgendes mitgeteilt: Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute den aus seinem Krankheitsurlaub vorübergehend nach Berlin zurückgekehrten Reichsminister der Justiz Professor Dr. Bredt. Der Reichsminister teilte dem Reichskanzler mit, daß er noch heute erneut von Berlin abzureisen gedächte, und verabredete mit dem Reichskanzler, ihn zunächst noch als beurlaubt zu betrachten.

Die österreichische Regierung gebildet

Wien, 3. Dez. In den Dienstagnachmittagsstunden hat der Landtag seinen Vorschlag vom Dienstag zurückgenommen, der darin bestanden hatte, die Agenten des Sicherheitswesens vom Innenministerium abzutrennen. Der Schöberl erklärte sich in einer Fraktionsberatung mit dem Entschlus des Landtages einverstanden. So war gegen 18 Uhr ohne besondere Schwierigkeiten die neue Regierung gebildet. Die vorläufige Ministerliste lautet: Bundeskanzler: Dr. Engel (Christlichsozial). Vizekanzler und Außenminister: Dr. Schöberl (Nationaler Wirtschaftsblock). Innenminister: Winkler (Landbund). Justizminister: Dr. Schürff (Nationaler Wirtschaftsblock). Landwirtschaftsminister: Thalner (Christlichsozial). Finanzminister: Dr. Fuch. Unterrichtsminister: Czermak (Christlichsozial). Seeresminister: Langgast (Christlichsozial). Die Ernennung der neuen österreichischen Regierung soll noch in der Nacht zum Donnerstag erfolgen. Die Bereidigung

Konjunkturschwankungen des Reichshaushalts

Berlin, 3. Dez. Dem Reichstag ist jetzt auch der finanzielle Ueberblick über den Haushalt für das Jahr 1931 zugegangen. Er gibt zunächst eine eingehende Betrachtung der finanziellen Lage seit dem Abschluß des Rechnungsjahres 1929 und befaßt sich dann besonders intensiv mit dem Problem der Abhängigkeit des Reichshaushalts von der Konjunktur. Diese Abhängigkeit hat, wie in der Betrachtung festzustellen wird, zwar stets bestanden, aber sie hat sich kaum je zuvor in solcher Stärke gezeigt, wie in unserer Zeit. Der Grund hierfür liegt darin, daß die Abhängigkeit der Staatsausgaben von der Konjunktur in dem Maße zunehmen muß,

in dem der Staat sich von einem Sicherheitsstaat zum Wohlfahrts- und Sozialstaat erweitert

und daß die Abhängigkeit der Staatsausgaben von der Konjunktur in dem Maße wachsen muß, in dem der staatliche und kommunale Finanzbedarf einen wesentlich höheren Prozentsatz des Volkseinkommens beansprucht und in dem außerdem der Staat seine wichtigsten Einnahmequellen mehr und mehr an die Hauptvorgänge im modernen Wirtschaftskreislauf anschließt.

Um nun die konjunkturelle Abhängigkeit des Reichshaushalts vom Stand der übrigen Wirtschaft zu mildern, wird eine Reihe von Maßnahmen in Vorschlag gebracht. Die zugrunde liegende Idee dabei ist, daß man in Zeiten aufsteigender Konjunktur mit öffentlichen Aufträgen zurückhalten soll, um diesen Auftrieb weniger schnell vollziehen zu lassen. In Zeiten sinkender Konjunktur sollen die öffentlichen Auftraggeber die aufgespeicherten Aufträge zur Vergebung bringen, um so der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken. Auf der Ausgabe Seite soll das unbegrenzte Aufschwellen konjunkturrempfindlicher Ausgaben verhindert werden. Hier liegt vom Standpunkt des Staatshaushalts aus gesehen vor allem das Problem der Arbeitslosen- und Krisenfürsorge. Deshalb hat die Reichsregierung in ihrem Programm die vollständige Positivierung der Arbeitslosenfürsorge vom Reichetat vorsehen. Damit ist, wie festgestellt wird, der erste und wichtigste Schritt getan, um den Reichshaushalt von der Ausgabenseite her vor der Erschütterung durch Konjunkturschwankungen zu bewahren. Auf der Einnahmenseite müße angestrebt werden, die Gefahren des Konjunkturschwankens zu mildern. Dies geschieht am besten durch Verminderung der auf den einzelnen Wirtschaftsvorgängen lastenden Steuern.

Der „finanzielle Ueberblick“ gibt dann auch eine eingehende Uebersicht über die Ausgaben der einzelnen Ministerien.

Für Sachsen ist es von Interesse, daß im Haushalt des Reichsfinanzministeriums rund 308 000 Mark vorgesehen sind für Rentenstellen für Goldarbeiter in Dresden.

Es handelt sich hier um den Neubau für die Technische Prüfungs- und Lehranstalt, die Zollabfertigungsstelle und die Tabaksteuerzollstelle. Als Beitrag für die Deutsche Mähderei in Leipzig sind 223 000 Mark vorgelesen. An anderen Ausgabenposten, die größerem Interesse benehmen, sind hervorgehoben 155 000 Mark, die für die Ausgestaltung der Neuen Wache in Berlin zu einem Ehrenmal für die Gefallenen des Weltkrieges benutzt werden sollen.

Tabaksteuer und Zigarettenindustrie

Berlin, 3. Dez. Der Reichsfinanzminister Dietrich hat an das Tabakgewerbe in Baden ein sehr interessantes Schreiben gerichtet, in dem er seine Stellungnahme zur Tabaksteuer darlegt, und das man als Ergänzung seiner Darlegungen im Reichstagsplenum auf diesem Gebiete ansehen kann. In diesem Schreiben heißt es u. a.:

Sie haben an mich das Ansuchen gestellt, auf die Tabaksteuer vorläufig nach Möglichkeit zu verzichten. Zu meinem Bedauern bin ich dazu nicht in der Lage. Es sind neue Steuermittel notwendig. Als solche kommen nur indirekte Steuern in Betracht, denn eine Belastung der produktiven Wirtschaft mit irgendwelchen direkten Steuern würde nicht nur die Wiederherstellung des Vertrauens fördern, sondern auch die deutsche Konkurrenzfähigkeit behindern. Unterliegt man nun die vorhandenen indirekten Steuern daraufhin, was sie allenfalls noch abgeben können, so ist zunächst festzustellen, daß der Ertrag des Branntweinmonopols gefallen ist. Zuschläge haben also hier keinen Zweck mehr. Die Zigarettensteuer haben wir seit dem vorigen Jahre verdoppelt. Bleibt schließlich noch der Tabak. Ich bin mir vollkommen klar darüber, daß auch dieser nicht mehr viel beitragen kann, und ich kenne die Gefahr, die besteht, wenn etwa die Zigarette gegenüber der Zigarette belastet wird.

Auf der anderen Seite ist auch bei der Zigarette nachgerade Vorsicht geboten, denn sie ist jetzt mit mehr als 52 Prozent des Kleinverdienstertrages belastet. Sie ist das beste Steuerobjekt, das wir haben, und ich möchte nicht durch eine Uebersteigerung ihrer Belastung die Gefahr hervorrufen, daß die Erträge der Zigarettensteuer sinken.

Schließlich kommt hier noch ein wichtiges außerpolitisches Moment hinzu. Wir können die Reparationsfrage nur auflösen, sofern wir den Nachweis ausbringen in der Lage sind, daß wir unser Volk indirekt ebenso belasten, wie die Ententestaaten, vornehmlich England, es tun. Ständig wurde uns von dieser Seite entgegengehalten, daß wir gerade aus Bier und Tabak nicht genügend heraussagen. Die Hauptschwierigkeit in der Zigarettenindustrie liegt in der Bezahlung des Zolls. Um diese zu ermäßigen, soll die Frist von drei auf sechs Monate verlängert werden und auch die Nachverzinsung soll in Raten erfolgen. Ich glaube damit verfuhr zu haben, die Gefahren von der Zigarettenindustrie abzulenken.

Dr. Jarres legt den Vorschlag im Rheinischen Städtetag nieder

Duisburg, 3. Dez. Dr. Jarres, der Oberbürgermeister von Duisburg, hat den Vorschlag im Rheinischen Städtetag niedergelegt. Die Veranlassung zu diesem Schritt ist starke Arbeitsüberlastung.

Dr. Schacht wieder in Deutschland

Bremen, 3. Dez. Mit dem Dampfer „Colymbus“, der am Mittwochnachmittag in Bremerhaven eintraf, kehrte der frühere Reichsbankpräsident Dr. Schacht wieder nach Deutschland zurück. Zu seinem Empfang waren Senator Böhmmer und Generaldirektor Stimming vom Norddeutschen Lloyd eingetroffen. Vor der Abfahrt nach Bremen beauftragte Dr. Schacht den Schnelldampfer „Europa“.

An Bord des Dampfers befanden sich weiter Generalleutnant v. Blomberg und Hauptmann Kuehntal, die als Gäste des amerikanischen Heeres einige Wochen in den Vereinigten Staaten gewillt hatten.